

# **Niederschrift Nr.24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001**

---

Sitzungsort:  
im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 19.00 Uhr

Anwesend waren:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Beigeordnete Helga Grix - Vorsitzende -  
Ratsherr Rico Mecklenburg  
Beigeordneter Hans-Dieter Haase  
Ratsfrau Elfriede Meyer

für Beigeordnete Jenny Tamminga

### **CDU**

Ratsherr Reinhard Hegewald

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Frau Diana Keller  
Frau Regina Meinen  
Frau Helga Kruse  
Herr Michael Wagner

für Herrn Wilhelm Grix

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **F.D.P. (Grundmandat)**

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

## **Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)**

Beigeordnete Christine Schmidt-Reinders

## **Beratende Mitglieder**

Herr Abdou Quedraogo  
Frau Carola Wonhöfer  
Herr Walter Saathoff  
Herr Tom Sprengelmeyer

## **Entschuldigt fehlte**

Ratsherr Nils Köhler

## **von der Verwaltung**

Stadtrat Ewald Fürst  
Stadtangestellter Eckhard Kühl  
Stadtangestellter Onno Santjer  
Stadtamtmann Richard Lücht als Protokollführer

Zuhörer: 5  
Vertreter der Presse: 2

## **Niederschrift Nr.24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001**

---

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Zuhörer sowie als Gastreferenten Herrn Engelberts, Vorsitzender des Stadtsportbundes, und Herrn Morgenstern, Dozent an der Fachhochschule in Emden.

Sodann stellt sie die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.11.2000

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung Jugendhilfeausschusses am 30.11.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1469  
Anträge von Vereinen und Verbänden  
Zuschuss an Stadtsportbund für die Veranstaltung "Go sports Tour 2001 gegen Drogen und Gewalt"

Frau Grix erteilt Herrn Engelberts das Wort. Herr Engelberts gibt nähere Erläuterungen zu der für den 12.05.2001 geplanten Veranstaltung des Emdener Sportbundes, die zum dritten Mal in Emden unter dem Motto "Gegen Gewalt und Drogen" durchgeführt werden soll. Zahlreiche Vereine und Verbände seien eingebunden. Neben der Aufklärung über die Drogen und Gewalt gelte es neben den gängigen Sportangeboten auch neue Trendsportarten bekannter zu machen.

Herr Saathoff weist ergänzend daraufhin, dass von der Verwaltung die Gewährung eines Zuschusses an den Stadtsportbund für diese Veranstaltung sowie an das Deutsche Jugendrotkreuz zur Anschaffung eines Zelttes vorgeschlagen werde.

Beschluss: An Vereine und Verbände werden folgende Zuschüsse gezahlt:

- |  |             |
|--|-------------|
| 1) Deutsches Jugendrotkreuz<br>Zur Anschaffung eines Zelttes SG 400          | 1.676,09 DM |
| 2) Stadtsportbund<br>Zur Durchführung der Veranstaltung<br>Go Sports on Tour | 2.500,-- DM |

Ergebnis: einstimmig

## **Niederschrift Nr.24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001**

---

Punkt 5:           A n t r ä g e

Vorlage 13/1472

Stadtpolitik mit Kindern und Jugendlichen gestalten; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.01.2001

Frau Schmidt-Reinders begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.01.2001, Stadtpolitik mit Kindern und Jugendlichen zu gestalten. Sie möchte diesen Antrag als Denkanstoß verstanden wissen, das Thema in interfraktioneller Beratung zu behandeln mit dem Ziel, einen gemeinsamen Ratsantrag zu formulieren.

Herr Saathoff erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen müsse alle kommunalen Betätigungsfelder einbeziehen und als Querschnittsaufgabe definiert werden. Insbesondere gelte es, dafür die entsprechenden personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die verstärkte Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen durch die Einführung zusätzlicher Mitwirkungsmöglichkeiten werde im übrigen über einen Gesetzentwurf zur Änderung der Nds. Gemeindeordnung (NGO) mit der Einführung des § 22e aufgenommen. Die gesetzlich vorgesehene Entwicklung und Durchführung geeigneter Verfahren zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen könne jedoch nur bei entsprechender Nachhaltigkeit die angestrebte Wirkung entfalten. In diesem Zusammenhang weise er außerdem auf eine Veranstaltung einer Messe des Nds. Landesjugendamtes am 20.04.2001 in Osnabrück hin, die das Motto trage "Mit Kindern für Kinder - Beteiligungsprojekte in Niedersachsen".

Herr Sprengelmeyer lädt die Ausschussmitglieder zum gemeinsamen Besuch dieser Messe mit Jugendvertretern aus Emden ein. Nähere Informationen werden hierzu noch in einem gesonderten Schreiben bekannt gegeben.

Herr Mecklenburg ist grundsätzlich mit der Zielrichtung des vorliegenden Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einverstanden. Er spricht sich jedoch gegen eine Einberufung einer Kinder- und Jugendkonferenz noch vor den anstehenden Kommunalwahlen aus, um ein Missbrauch dieses wichtigen Politikfeldes zur Parteienprofilierung im Wahlkampf zu verhindern. Daher stelle die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

1. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur weiteren Beratung und Bearbeitung an die Fraktionen und die Verwaltung überwiesen.
2. Die Erarbeitung von Beteiligungsmodellen durch die Verwaltung unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen wird im Sinne des Antrags und der bevorstehenden Änderung der Nds. Gemeindeordnung vorgenommen.
3. Dem neuen Jugendhilfeausschuss bzw. dem Rat werden unmittelbar nach der Neukonstituierung entsprechende Vorschläge vorgelegt.

Herr Dr. Beisser empfiehlt, die Thematik nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern schon jetzt mit den Vorarbeiten zur Entwicklung von Beteiligungsmodellen einzutreten.

Herr Haase führt ergänzend aus, dass die von Herrn Saathoff angesprochene Änderung der NGO mit der Einführung des § 22 e im zuständigen Fachausschuss des Landtages beschlossen worden sein. Mit einer Verabschiedung des Gesetzes sei voraussichtlich im März zu rechnen. Er halte es für sehr gut, mit Kindern und Jugendlichen in einen Dialog einzutreten. Dabei seien projektorientierte Ansätze besonders wichtig; hervorragend eigne sich hierfür insbesondere das Programm "Soziale Stadt". Es gelte jedoch die Beteiligungsmodelle sorgfältig vorzubereiten.

Herr Hegewald mahnt, das Anliegen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht zu einer zu großen Verwaltungstätigkeit ausufern zu lassen.

## **Niederschrift Nr.24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001**

---

Herr Haase schlägt vor, unmittelbar nach der Kommunalwahl im Oktober eine Kinder- und Jugendkonferenz einzuberufen.

Frau Schmidt-Reinders stimmt einer Rücknahme des vorliegenden Antrages ihrer Fraktion vom 30.01.2001 gegen den heute eingebrachten ergänzenden Antrag der SPD-Fraktion zu.

Frau Grix lässt sodann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abweichende(r) Empfehlung/Beschluss:

1. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur weiteren Beratung und Bearbeitung an die Fraktionen und die Verwaltung überwiesen.
2. Die Erarbeitung von Beteiligungsmodellen durch die Verwaltung unter Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen wird im Sinne des Antrags und der bevorstehenden Änderung der Nds. Gemeindeordnung vorgenommen.
3. Dem neuen Jugendhilfeausschuss bzw. dem Rat werden unmittelbar nach der Neukonstituierung entsprechende Vorschläge vorgelegt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Vorlage 13/1470

Vorstellung eines Projektes Jugendberatung im Internet

Frau Grix erteilt Herrn Morgenstern das Wort. Herr Morgenstern stellt das Internet-Beratungsangebot "KiJU-Chat" für Kinder und Jugendliche, das seit 1998 als Modellversuch existiert, vor. Die Trägerschaft für das von Studentinnen und Studenten der Fachhochschule betreute Projekt sei von der städtischen Jugendförderung übernommen worden; Anlaufstelle sei das Jugendzentrum Alte Post. Bei diesem Projekt handele es sich um ein niedrigschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche, durch Chatten im Internet Klärungshilfen für deren spezifische Probleme zu geben. Im übrigen sei gemeinsam mit der Jugendförderung ein Konzept für ein Internet-Cafe in der Alten Post in Bearbeitung, das von Projektstudenten und hauptamtlichen Mitarbeitern der Alten Post betreut werden solle. Die Eröffnung dieses Internet-Cafes sei für den 01.03.2001 vorgesehen.

Frau E. Meyer findet es sehr traurig, dass Kinder ihre Probleme statt in Gesprächen anonym am Computer lösen müssten.

Vorlage 13/1471

Bericht über den Stand der Kommunalen Prävention

Herr Santjer gibt einen Zwischenbericht über die Aktivitäten des kommunalen Präventionsrates. Die Vernetzung und die interdisziplinäre Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen mache deutliche Fortschritte, die auch nach außen auf dem Forum des kommunalen Präventionsrates am 25.11.2000 dokumentiert werden konnten. Es sei vorgesehen, eine derartige Aktionsveranstaltung einmal jährlich durchzuführen.

Herr Sprengelmeyer betont die gute direkte Zusammenarbeit mit den städtischen Jugendhäusern in einem breit gefächerten System und weist insbesondere auf die guten Erfolge mit den Aktionen der Fahrradcodierung im ganzen Stadtgebiet hin.

Frau Schmidt-Reinders und Herr Hegewald verlassen die Sitzung.

## **Niederschrift Nr.24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001**

---

Vorlage 13/1473  
Weiterentwicklung des Ferienpasses

Herr Sprengelmeyer gibt einen Sachstandsbericht. Erstmals sei in diesem Jahre geplant, zur Durchführung der Ferienpassaktion bei Betrieben und Privatleuten um finanzielle Unterstützung zu werben. Durch die Erzielung von Werbeeinnahmen über Sponsoren im Ferienpass könnten Wege eröffnet werden, um auch teure Angebote im erlebnispädagogischen Bereich weiterhin durchführen und ggfls. sogar kostengünstiger anbieten zu können.

Auf Frage von Herrn Dr. Beisser erklärt Herr Sprengelmeyer, dass die personelle Ausstattung zur Vorbereitung und Durchführung des Ferienpasses nach wie vor offen sei. Zwar sei die Arbeit einer hauptamtlichen Mitarbeiterin zugeordnet, es fehlten aber immer noch sichere Zusagen für Berufspraktikanten. Ggfls. müsste auf Honorarkräfte zurückgegriffen werden.

Vorlage 13/1474  
Investitionszuschüsse an Kindergärten in freier Trägerschaft im Jahre 2000

Wird mitgeteilt

Vorlage 13/1203/3  
Neubaukonzept des Kindergartens und der Gemeinderäume in der Lise-Meitner-Straße

Herr Saathoff teilt mit, dass der Bau des Kindergartens in der Lise-Meitner-Straße unabhängig von dem Bau des benachbarten Gemeindezentrum der ref. Kirchengemeinde durchgeführt werde. Es sei abgesprochen, dass beide Gebäudeteile möglichst parallel errichtet werden; der Baufortschritt des Kindergartens werde jedoch nicht von dem des benachbarten Gemeindezentrums abhängig gemacht.

Auf Nachfrage von Herrn Haase betont Herr Saathoff die grundsätzliche Position der Verwaltung zur Benennung von Kindergärten. Bislang habe sich die Verwaltung in die Namensgebung der Kindergärten nicht eingemischt, so dass auch hier der Kindergarten Träger in eigener Zuständigkeit die Benennung durchführen solle.

Punkt 7:           Anfragen

### **Bezuschussung von Windelsäcken für Kinderkrippen**

Frau Meinen und Frau Wonhöfer erkundigen sich nach Möglichkeiten, für Kinderkrippen Zuschüsse für Windel-Müllsäcke zu gewähren.

Herr Kühl erklärt hierzu, das Problem sei in der Verwaltung bekannt. Es werde verwaltungsintern daran gearbeitet, die Einrichtungsträger kostenmäßig zu entlasten.

### **Streetworker in Barenburg**

Herr Haase erkundigt sich nach dem Sachstand der Wiederbesetzung einer Stelle eines Streetworkers in Barenburg. Das Arbeitsverhältnis mit dem befristet eingestellten Sozialarbeiter war Ende letzten Jahres ausgelaufen. Im übrigen möchte er wissen, ob das Bunkerprojekt an der Geibelstraße vorangetrieben werde. In diesen Zusammenhang weist er darauf hin, dass der Unmut des Gründungsstadteilbeirates im Rahmen der Sanierungsmaßnahme "Soziale Stadt" wegen der stockenden Entwicklung im sozialen Bereich wachse. Es sei eindeutig festzustellen, dass die soziale Komponente in der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme der "Sozialen Stadt" in Barenburg eindeutig zu kurz komme und die Ent-

## **Niederschrift Nr.24 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.02.2001**

---

wicklung der Sanierungsmaßnahme hinter der der gleichzeitig aufgenommenen Städte (wie z. B. in Osnabrück) hinterherhinken.

Herr Saathoff erklärt, die Bemühungen um die Wiederbesetzung einer Stelle eines Streetworkers in Barenburg würden energisch betrieben. Allerdings müsse festgestellt werden, dass Personalkosten im Rahmen der Städtebauförderungsmaßnahme "Soziale Stadt" aufgrund unveränderter Städtebauförderungsrichtlinien grundsätzlich nicht übernommen werden könnten. Sofern keine Fördermöglichkeit über das Programm bestehe, müsse die Finanzierung dieser notwendigen Stelle anderweitig gesichert werden. Für das "Leuchtturmprojekt" des Bunkers an der Geibelstraße werde derzeit über das Projektteam die weitere Planung vorangetrieben. Es gelte hier die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unter pädagogischer Begleitung sicherzustellen.

Herr Sprengelmeyer versichert, dass trotz der finanziellen Widerstände die Ziele des Projektteams und des Gründungstadteilerates Barenburg nicht auseinander laufen. Ein besonderer Dank gebühre dem Bürgerverein Barenburg, der die Stellenvakanzen des Streetworkers derzeit durch zwei ehrenamtliche Helfer auffange.

Herr Fürst bestätigt, dass soziale Maßnahmen im Sanierungsprojekt in Barenburg bislang nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten. Er versichert jedoch, die Bemühungen zu intensivieren, der sozialen Komponente mehr Gewicht zu verleihen.

### **Kindertagesstätte Schwabenstraße**

Herr Haase berichtet, dass ein Großteil des Spielplatzes der Kindertagesstätte Schwabenstraße unter Wasser stehe und erkundigt sich nach Abhilfebemühungen der Verwaltung.

Herr Saathoff erklärt, dass entsprechende Mittel zur Spielplatzsanierung über den Nachtragshaushalt angemeldet worden sind.

### **Spielplatz Körmeisterweg**

Frau E. Meyer beschwert sich, dass die Verwaltung die Anwohner über die Wiedereröffnung des Spielplatzes am Körmeisterweg und die angestrebte Elternbeteiligung zur Spielplatzgestaltung unterrichtet habe, ohne zuvor die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, des Bürgervereines sowie des SPD-Ortsvereins entsprechend vorbereitend zu informieren.

Herr Sprengelmeyer sichert eine Überprüfung des Verfahrens zu.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.